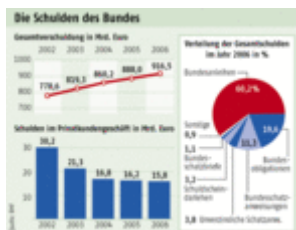


URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1338983

Tagesanleihen

Rosige Zeiten für deutsche Sparer

VON ROBERT VON HEUSINGER UND BERND SALZMANN



Auf diesen Auftritt mussten deutsche Sparer exakt 29 Jahre warten. Erstmals seit 1979 kümmert sich der Bund mit einem neuen Produkt wieder um die Gunst der Privatanleger. Am Montag wird die Deutsche Finanzagentur in Frankfurt die Konditionen der sogenannten Tagesanleihe vorstellen. Die Tagesanleihe ist wirtschaftlich nichts anderes als ein Tagesgeldkonto. Damit tritt der Bund in direkte Konkurrenz zu Banken und Sparkassen im Land.

Bundesschulden (FR-Infografik)

Bereits im Juli dieses Jahres wird die Finanzagentur, die für den Bund das Liquiditäts- und Schuldenmanagement betreibt, mit dem neuen Sparprodukt an den Markt gehen. Sie ist bislang vor allem als Emittent der langlaufenden Bundesanleihen bekannt. Für die Privatkunden hält sie die Bundesschatzbriefe (seit 1969) und Bundesobligationen (seit 1979) bereit. Nach Informationen der FR sollen bereits im Jahresverlauf weitere Produkte für den Privatanleger lanciert werden. Im Gespräch ist ein Sparplan auf Bundestitel, also ein Konkurrenzprodukt zu Sparplänen in Rentenfonds. Aber auch über eine Variante inflationsgeschützter Anleihen werde nachgedacht, heißt es.

Mehr Investoren gefragt

Der Grund: Der Bund möchte seine Investorenbasis verbreitern, die inzwischen fast nur aus institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds und Versicherern sowie ausländischen Zentralbanken besteht. Der Anteil der Privatanleger an der Bruttokreditaufnahme sank von rund 15 Prozent Anfang der 90er Jahre auf inzwischen weniger als zwei Prozent. Demnächst sollen es drei bis fünf Prozent sein.

Die Branche ist gespannt, welche Verzinsung der Staat den Anlegern bei der neuen Tagesanleihe bietet - und verhält sich noch ruhig. "Wir werden uns das Produkt genau ansehen", kündigt ein Sprecher des Bundesverbandes deutscher Banken an. Ob auf diesem Gebiet ein ernstzunehmender Wettbewerber entstehe, hänge nicht zuletzt davon ab, "wo der Zinssatz tatsächlich landet", sagt eine Sprecherin des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Dem Vernehmen nach wird die Entwicklung der Zinsen vom Euro Index Overnight Average, kurz Eonia, abhängen. Der Eonia ist ein durchschnittlicher, täglich ermittelter Zins, zu dem Banken über Nacht Geld an andere Banken verleihen. Gestern lag der Eonia knapp unter vier Prozent. Wahrscheinlich ist, dass die Finanzagentur den Anlegern einen festen Prozentsatz des Eonia als Zins gutschreibt. Im Gespräch ist ein Satz zwischen 90 und 95 Prozent. Damit würde sich die Tagesgeldanleihe zwischen 3,60 und 3,80 Prozent verzinsen, solange die Europäische Zentralbank die Leitzinsen bei vier Prozent hält.

Für die Kunden der Finanzagentur ist solch ein Verfahren von Vorteil, weil es größtmögliche Transparenz bieten: Die Entwicklung der Performance ist für jedermann nachvollziehbar. Bislang bietet in Deutschland nur die Deutsche Bank ein ähnliches Produkt an: Einen Indexfonds auf den Eonia. Dagegen kann von Transparenz bei den derzeit gängigen Angeboten der Banken und Sparkassen kaum die Rede sein. Tagesgeldeinlagen werden höchst unterschiedlich verzinst, und dienen - teilweise hochgradig subventioniert und mit satten Zinsaufschlägen versehen - nicht selten der Neukundenwerbung. Reale Bewegungen am Geldmarkt spielen dabei für zahlreiche Anbieter nur eine untergeordnete Rolle. Beispielsweise bietet die GE Money Bank aktuell fünf Prozent Zinsen an und die ING-Diba 3,25 Prozent. Für Einlagen unter 5000 Euro ermittelte die FMH-Finanzberatung im Auftrag der FR bei 75 Instituten zuletzt eine durchschnittliche Verzinsung von 3,18 Prozent.

Boni und Dividende leiden

Der neue potente Wettbewerber dürfte den Konditionen am Markt gut tun. Denn die Banken verhielten

sich immer gleich: "Gehen die Zinsen nach unten, verschlechtern sich die Konditionen sofort", sagt Martin Weber. Gingen sie aber nach oben, müsse der Kunde erst nachfragen, bevor er davon profitiere, weiß der Mannheimer Professor für Bankbetriebslehre. Deshalb sei es "sicherlich eine gute Sache", dass der Staat sich in das Geschehen einmische.

Auch volkswirtschaftlich rechnet es sich, wenn der Bund auf die Dienstleistungen der Banken verzichtet und direkt die Privatanleger anspricht. Die Gewinnmarge der Bank können sich Anleger und Steuerzahler teilen. Für den Bund wird es günstiger, sich Geld zu besorgen, der Anleger bekommt etwas bessere Konditionen als beim Durchschnitt der Banken - und sorgt damit effektiver für sein Alter vor. Verlierer sind die Angestellten und Aktionäre der Banken, die kleinere Boni und eine niedrigere Dividende erhalten.

Welchen Unterschied die Gebühren machen, zeigt eine Untersuchung im Auftrag der Finanzagentur. Sparpläne auf Bundesschatzbriefe werfen in der Regel mehr ab als auf durchschnittliche Euro-Rentenfonds. Die Differenz nach 20 Jahren Ansparzeit mit jeweils 50 Euro im Monat beläuft sich auf 200 bis 1400 Euro. Der Grund: Rentenfonds verlangen eine jährliche Verwaltungsgebühr in Höhe von mindestens 0,5 Prozentpunkten. Die Bank verlangt eine Depotgebühr von jährlich rund 0,2 Prozentpunkten. Dazu kommt noch der einmalige Ausgabeaufschlag. Diese Kosten fallen bei der Finanzagentur nicht an.

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 23.05.2008 um 17:36:02 Uhr
Letzte Änderung am 23.05.2008 um 20:13:54 Uhr
Erscheinungsdatum 23.05.2008